

Atempause für Bonn

VON JOSEF JOFFE

Bei Entführung und Erpressung gilt ein simpler Grundsatz, der zwar vorerst nichts bewirkt, aber dem Gesetz der Klugheit gehorcht: Zeit gewinnen und Optionen mehrten. Genau das hat die Bundesregierung getan, als sie sich nach sechs Monaten dazu entschloß, den mußmaßlichen Terroristen Mohammed Hamadei nicht an die Amerikaner auszuliefern, um ihm dafür hier den Prozeß zu machen. Fürs erste haben sich die Verantwortlichen damit eine längere Atempause verschafft. Denn in Bonn war man offensichtlich zu der Überzeugung gelangt, daß Hamadeis Auslieferung an den „Großen Satan“ Amerika das Schicksal der beiden deutschen Geiseln Cordes und Schmidt besiegeln würde.

Mit der Atempause hat sich Bonn noch drei weitere Pluspunkte verschafft. Zum ersten hat die Bundesregierung einen schwelenden Konflikt mit Washington zumindest eingedämmt, auch wenn die beiden Regierungen zu diesem Behufe ein kleines Fernsehspektakel mit dem amerikanischen Justizminister Edwin Meese in der Hauptrolle inszenieren mußten. Der war am Dienstag grimmigen Gesichtes aus seiner *Air Force*-Maschine gestiegen, um dem Heimatpublikum zu verdeutlichen, daß man den Deutschen nichts schenken werde. Immerhin war bei der Entführung eines TWA-Passagierflugzeuges nach Beirut ein amerikanischer Staatsbürger ermordet worden. Und die Regierung Reagan sah sich daheim einem nicht nachlassenden Druck ausgesetzt, Hamadeis Auslieferung um fast jeden Preis zu erzwingen. Nur war das Tauziehen längst gelaufen, als der Justizminister in Bonn einschwebte. Der Präsident selbst hatte Kanzler Kohl schon auf dem Gipfel von Venedig sein Placet erteilt. Am Montag wiederholte Reagan das Signal: Er wäre zufrieden, wenn Hamadei in der Bundesrepublik wegen Mordes und Flugzeugentführung angeklagt würde.

Hamadei und Freunde haben schon genug Unheil angerichtet; eine Dauerkrise zwischen den beiden Verbündeten, die zur Zeit – wie bei der Abrüstung – viel härtere Probleme zu knacken haben, wäre der Ehre zuviel gewesen. Der zweite Pluspunkt betrifft den Optionengewinn. Auch wenn ein Rechtsstaat dies nicht einmal im Flüsterton zugeben darf, hat sich die Bundesrepublik mit der „Aneignung“ von Hamadei ebenfalls eine Art „Geisel“ verschafft. Gewiß, Hamadeis juristisches Schicksal befindet sich nun in den Händen der hessischen Gerichtsbarkeit, und die gehorcht den Paragraphen des deutschen Strafgesetzbuches, wonach das hiesige Recht „unabhängig vom Recht des Tatortes“ gilt, und zwar für Taten „gegen international geschützte Rechtsgüter“ wie etwa die Sicherheit des Luftverkehrs. Bis zur Urteilsfindung wird es also eine Weile dauern, aber derweil dürften der Hamadei-Clan und die „His-

bollah“ kein Interesse daran haben, mit dem Leben von Cordes und Schmidt zu spielen.

Schließlich hat sich Bonn in lobenswerter Weise nicht an dem schlechten Beispiel anderer Staaten orientiert und sich auf einen allzu durchsichtigen Menschenhandel mit den Terroristen eingelassen. Mit der Entscheidung, Hamadei wegen schwerster Straftaten zu belangen, hat Bonn einen ebenso schwierigen wie honorigen Weg beschritten und damit den Herren Nachahmungskünstlern signalisiert, daß die Bundesrepublik keinen kostenfreien Raum für den internationalen Terrorismus darstellt. Eine Verurteilung wegen Mordes und/oder Flugzeugentführung schließt die rasche Abschiebung aus, und bei „lebenslänglich“ ist theoretisch erst nach 15 Jahren eine Begnadigung möglich.

Nur – und da beginnt wieder die reale Politik – glaubt in Bonn niemand daran, daß Hamadei so lange hier einsitzen wird. Es bietet sich dauch der sogenannte „kurze Gnadenweg“ an, und der könnte sich eröffnen, wenn sich die Familie und die „Partei Gottes“ darauf einigten, Hamadei lieber daheim denn als „Märtyrer“ in deutschen Gefängnissen zu sehen. Freilich sollte der Gnadenweg nicht zu kurz sein, also über den schlichten Austausch gegen Cordes und Schmidt führen. Im Interesse einer glaubwürdigen Terrorbekämpfung und ungetrübter Beziehungen zu den Verbündeten, sollte Bonn mehr als nur eine rein nationale Lösung anstreben. Auf dem Menschenhandelsplatz Beirut befinden sich neben den beiden Deutschen noch Amerikaner, Engländer und Franzosen in der Gewalt von Terroristen. Diese mitzubefreien, wäre ein Erfolg deutscher Politik, welcher dem erzwungenen Geschäft mit dem Terror den Stachel nehmen würde. Niemand könnte die Deutschen dann der schönen Eigenschaft zeihen, die andernorts immer wieder die Solidarität der Demokratien zum reinen Lippenbekenntnis verkommen ließ.

Die Demokratien sind ideale Opfer des Terrors, weil sie dem Leben des einzelnen fast immer den Vorrang vor der Staatsräson einräumen. Diese Verwundbarkeit zu konstatieren, ist freilich kein Ersatz für die Bekämpfung des Terrors innerhalb der Grenzen, die der Rechtsstaat seinen Verantwortlichen auferlegt. Obwohl Bonn in der Sache Hamadei eine Atempause und Optionen gewonnen hat, könnte schon morgen ein neuer Schlag gegen deutsche und westliche Interessen erfolgen. Deshalb gilt es schon jetzt, die wichtigste Lehre aus dem Fall Hamadei zu ziehen: Wer sich in Gefahr begibt, kann – wenn es denn glimpflich abläuft – lange leiden und sein Land der indirekten „Geiselhaft“ ausliefern. Der Libanon ist nur noch ein geographischer Begriff, kein Staat, der seiner Schutzpflicht nachkommen kann. Deshalb haben Deutsche dort nichts mehr zu suchen.